

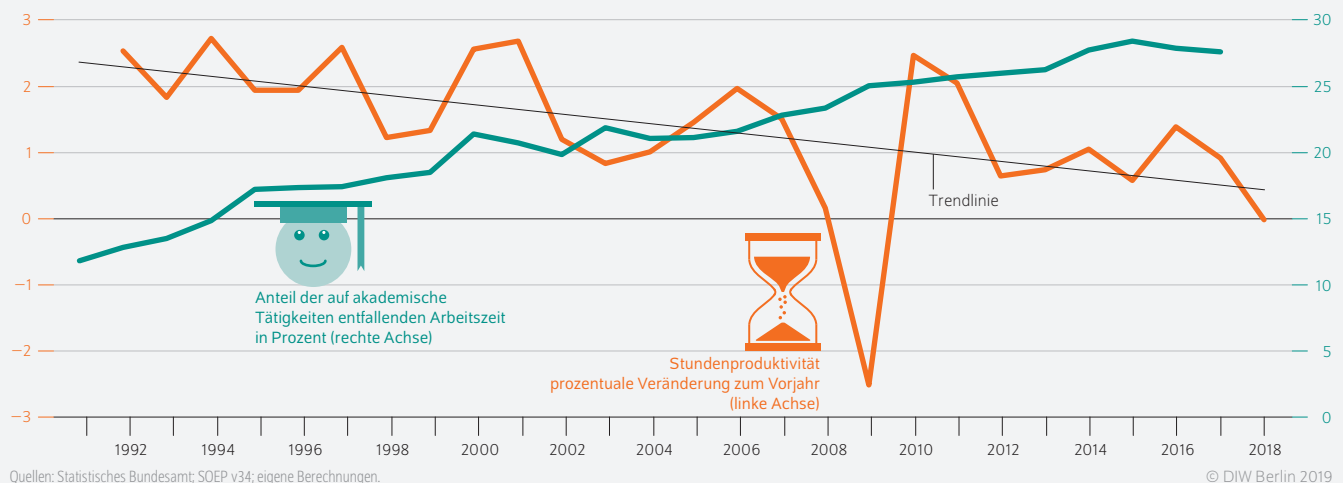
AUF EINEN BLICK

Produktivitätswachstum sinkt trotz steigendem Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen

Von Karl Brenke

- Arbeitsproduktivität wächst in Deutschland und anderen entwickelten Volkswirtschaften immer langsamer
- Entwicklung steht im Widerspruch zum steigenden Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen: Akademisierung schreitet fort, Anteil der einfachen Arbeit hat abgenommen
- Sektoraler Wandel trägt zur schleppenden Produktivitätsentwicklung bei, erklärt aber nur kleinen Teil der beobachteten Entschleunigung
- Zunehmende Bürokratisierung der Arbeitswelt könnte auch einen negativen Einfluss haben
- Veränderte Beschäftigungsstruktur: Jobs, die als bürokratische Tätigkeiten anzusehen sind, haben an Bedeutung gewonnen

Abnehmendes Produktivitätswachstum trotz höherem Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen



ZITAT

„Der seit Jahrzehnten andauernde Abwärtstrend beim Produktivitätswachstum ist ein zentrales Problem entwickelter Volkswirtschaften. Der Aspekt einer zunehmenden Bürokratisierung der Arbeitswelt wurde bisher kaum beachtet. Auffällig ist aber, dass, während das Produktivitätswachstum zurückging, der Anteil an Tätigkeiten in Management- und Leitungsfunktionen sowie im Zusammenhang mit der Anwendung von Gesetzen und Vorschriften deutlich wuchs.“

— Karl Brenke, Studienautor —

Produktivitätswachstum sinkt trotz steigendem Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen

Von Karl Brenke

ABSTRACT

Die Arbeitsproduktivität hat in der Bundesrepublik gesamtwirtschaftlich über die Jahrzehnte immer langsamer zugelegt; zuletzt hat sie nur noch stagniert. Das steht in Kontrast zum steigenden Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte infolge einer rasanten Akademisierung. Beides sind Phänomene, die auch in anderen entwickelten Ländern zu beobachten sind. Mitunter wird als Ursache auf den sektoralen Wandel verwiesen. Tatsächlich hat die Verschiebung der Wirtschaftsaktivitäten hin zu den Dienstleistungen die Produktivitätswachstum seit der Jahrtausendwende gehemmt; groß war der Bremseffekt aber nicht. Anknüpfend an eine Debatte etwa in den USA wird in diesem Bericht der Blick auf Bürokratisierungstendenzen gerichtet. So zeigt eine Auswertung der Daten des Mikrozensus, dass Jobs, die zum Kernbereich von Bürokratien zu zählen sind, in Deutschland an Bedeutung gewonnen haben. Dies könnte ein Grund für das geringe Produktivitätswachstum sein. Ob dieser Zusammenhang tatsächlich empirisch belegbar ist und inwieweit diese Entwicklung zur Abschwächung des Produktivitätsanstiegs beigetragen hat, muss durch weitere Forschung geklärt werden.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) hatte schon 2015 auf eine Verlangsamung bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität hingewiesen.¹ Auf EU-Ebene wurde 2016 beschlossen, dass „nationale Ausschüsse für Produktivität“² eingerichtet werden sollen. Diese sollen politische Maßnahmen entwickeln, um die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Länder zu verbessern. In Deutschland wurde der SVR zum nationalen Ausschuss für Produktivität ernannt. In der Wissenschaft wie in der Politik wird der Produktivitätswachstum inzwischen erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet, in der öffentlichen Wahrnehmung und Debatte dagegen kaum.

Hier werden im Folgenden Entwicklungen in der Arbeitswelt aufgezeigt, die Einfluss auf die Veränderung der Arbeitsproduktivität haben könnten. Dabei sind Daten der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet worden sowie Daten aus Haushaltsumfragen; letztere wurden teils selbst ausgewertet. Die Untersuchung hat vornehmlich explorativen Charakter.

Produktivitätssteigerungen werden immer schwächer

Dem langfristigen Trend nach hat die Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik mit immer geringerem Tempo zugelegt (Abbildung 1). Das gilt trotz möglicher Unzulänglichkeiten bei der statistischen Erfassung.³ Besonders schwach hat sich die Wertschöpfung je Erwerbstätigem entwickelt – was auch an der Ausbreitung von Teilzeitarbeit liegt. Aber auch die Stundenproduktivität kam immer weniger und zuletzt kaum noch voran. Im vergangenen Jahr hatte sie real

¹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015): Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. Jahresgutachten 2015/16, 283ff (online verfügbar, abgerufen am 02.08.2019). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, insofern nicht anders vermerkt.

² Vgl. Europäische Union (2016): Empfehlung des Rates vom 20. September 2016 zur Einrichtung nationaler Ausschüsse für Produktivität. Amtsblatt der Europäischen Union 2016/C 349/01 (online verfügbar).

³ Vgl. Martin Ademmer et al (2017): Produktivität in Deutschland – Messbarkeit und Entwicklung. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Nr. 12.

nur noch stagniert; für dieses Jahr rechnen die Institute der Gemeinschaftsdiagnose sogar mit einem leichten Rückgang.⁴

Für eine Betrachtung über die Zeit lassen sich die Jahrzehnte verwenden.⁵ In den 70er Jahren betrug der jahresdurchschnittliche Anstieg der Stundenproduktivität noch fast vier Prozent, in den acht Jahren seit 2011 waren es nur noch 0,9 Prozent (Tabelle 1).

In anderen Ländern war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten, auch wenn lange Zeitreihen nur für wenige Staaten verfügbar sind. In Frankreich sieht es ähnlich aus wie in Deutschland, dasselbe gilt für Finnland. In Polen waren die Produktivitätszuwächse in den letzten Jahren noch vergleichsweise hoch, haben aber im Vergleich zum vorhergehenden Jahrzehnt abgenommen. Besonders schwach war die Produktivitätsentwicklung in Italien; das gilt auch schon für die 2000er Jahre. In den USA sieht das Bild etwas anders aus: Eine zeitweise Abschwächung des Wachstums der Arbeitsproduktivität gab es in den 70er und 80er Jahren, in den zwei folgenden Jahrzehnten zog es wieder an – um in jüngerer Zeit erneut stark nachzulassen.

Die Qualifikation der Arbeitskräfte steigt dagegen

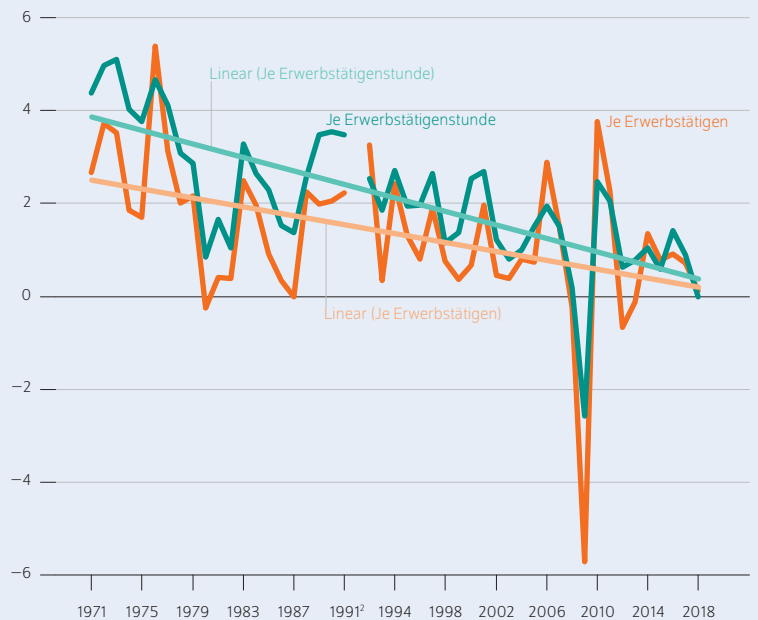
Es liegt nahe, die Ursache für das abnehmende Produktivitätswachstum beim Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte zu suchen. Tatsächlich ist das aber kräftig gestiegen. So hat in Deutschland, den Ländern der EU und auch in anderen entwickelten Ländern der Grad der Akademisierung rasch zugenommen. Immer mehr Personen in einem Alter, in dem eine abgeschlossene Berufsausbildung erwartet werden kann, besitzen einen Hochschulabschluss (Tabelle 2).

Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. So liegt der Anteil akademisch ausgebildeter Personen in der Alterskohorte der 25- bis 34-Jährigen weitaus höher als in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Auch wächst in Deutschland der Anteil jener, die eine allgemeinbildende Schule mit Abitur oder Fachhochschulreife verlassen: Im Jahr 1993 waren es noch 25 Prozent und 2017 schon 37 Prozent.⁶ Der Anteil derjenigen in einem Altersjahrgang mit einer Hochschulzugangsberechtigung ist aber noch höher – insbesondere, weil sie nicht selten in einer beruflichen Schule erworben wird. Nach Angaben der Kultusministerkonferenz hatte bereits im Jahr 2014 die Hälfte eines Altersjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung.⁷

⁴ Um 0,2 Prozent. Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2019): Konjunktur deutlich abgekühlt – Politische Risiken hoch. Halle (Saale), 76 (online verfügbar).
⁵ Die Entwicklung der Produktivität hängt generell stark vom konjunkturellen Verlauf ab. Insofern kann eine Betrachtung von einzelnen Jahrzehnten zu Unschärfen führen. Mindestens im Falle Deutschlands war aber der Anfang beziehungsweise das Ende eines Jahrzehnts fast immer die Zeit eines konjunkturellen Aufschwungs.
⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (2018): Allgemeinbildende Schulen. Schuljahr 2017/18. Fachserie 11, Reihe 1.
⁷ Vgl. Angaben zu Hochschulzugang auf der Website der Kultusministerkonferenz

Abbildung 1

Entwicklung der Arbeitsproduktivität¹ in der Bundesrepublik Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt
² Bis 1991 alte Bundesländer, ab 1992 vereinigtes Deutschland

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Der Trend beim Produktivitätswachstum zeigt in Deutschland seit den 70er Jahren nach unten.

Tabelle 1

Veränderung der realen Arbeitsproduktivität Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	Bundesrepublik ¹	EU-28	Frankreich	UK	Italien	Polen	Finnland	USA ²
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen								
1960 bis 1970								2,8
1970 bis 1980	2,6							1,3
1980 bis 1990	1,5		1,8				2,5	1,7
1990 bis 2000 ³	1,3		1,2				2,7	2,3
2000 bis 2010	0,6	0,6	0,6	0,8	-0,7	2,7	0,5	2,4
2010 bis 2018	0,7	0,7	0,6	0,6	-0,2	2,1	0,4	0,8
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde								
1960 bis 1970								3,1
1970 bis 1980	3,8							1,9
1980 bis 1990	2,3		2,8				2,8	1,8
1990 bis 2000 ³	2,1		1,6				2,8	2,3
2000 bis 2010	1,2	0,9	0,8	1,2	-0,2	2,8	1,0	2,7
2010 bis 2018	0,9	0,9	0,9	0,3	0,2	2,2	0,7	0,8

¹ Bis 1990 alte Bundesländer
² Privatsektor
³ Bundesrepublik von 1991 bis 2000

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; US Bureau of Labour Statistics; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 2

Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss an der Bevölkerung und an den Erwerbstätigen
In Prozent

	Bevölkerung				Erwerbstätige	
	1991	2000	2017		2000	2018
	25 bis 64 Jahre	25 bis 64 Jahre	25 bis 64 Jahre	25 bis 34 Jahre	25 bis 64 Jahre	
Belgien	19,6	27,1	40,3	45,7	34,3	47,9
Dänemark	18,3	25,8	39,2	46,6	28,8	42,9
Deutschland	21,8	23,5	28,6	31,3	28,4	31,8
Estland		28,7	39,7	43,0	34,5	43,5
Finnland		32,6	44,3	41,3	37,2	49,2
Frankreich	15,1	21,6	35,2	44,3	25,8	42,6
Griechenland	11,0	17,7	31,0	42,5	21,5	37,8
Irland	15,9	21,6	45,7	53,5	27,0	53,0
Italien	6,1	9,4	18,7	26,8	13,0	23,8
Lettland		18,2	33,9	41,6	22,2	38,6
Litauen		41,8	40,3	55,6	49,0	47,2
Luxemburg		18,3	40,3	51,4	22,3	49,6
Niederlande	19,6	23,4	37,2	46,6	28,1	42,7
Österreich		24,5	32,4	40,3	17,4	36,6
Polen		11,4	29,9	43,5	15,1	37,1
Portugal		8,8	24,0	34,0	10,7	28,3
Schweden	25,2	30,1	41,9	47,4	32,2	46,0
Slowakei		10,4	23,1	35,1	13,5	27,1
Slowenien		15,7	34,3	44,6	19,1	37,4
Spanien	9,9	22,7	36,4	42,6	28,8	43,7
Tschechische Republik		11,0	23,9	33,8	13,6	25,7
UK		25,7	45,7	51,6	31,9	46,6
Ungarn		14,0	24,1	30,2	18,4	28,0
EU ¹		19,5	31,5		23,8	36,9
Australien	31,2	27,5	45,4	52,0		
Japan		33,6	51,4	60,4		
Kanada	28,3	40,1	56,7	60,9		
Mexiko		14,6	17,4	22,6		
Republik Korea		23,9	47,7	69,8		
Schweiz	20,3	24,2	42,6	50,1	23,6	41,6
USA	23,7	36,5	46,4	47,8		
OECD		22,3	36,9	44,5		

1 Ohne Kroatien

Quellen: OECD; Eurostat; eigene Berechnungen.

Spiegelbildlich zu den Akademikerinnen und Akademikern hat sich der Anteil der Personen ohne Berufsausbildung entwickelt. In nahezu allen Staaten der EU ist dieser Anteil gesunken (Tabelle 3).⁸ In manchen Ländern liegt er weit unter zehn Prozent – etwa in einigen osteuropäischen Staaten, wo schon zu sozialistischen Zeiten viel Wert auf eine Ausbildung gelegt wurde. In den südeuropäischen Ländern ist der Anteil der Geringqualifizierten zwar besonders stark gesunken, liegt aber immer noch weit über dem EU-Durchschnitt.

⁸ Die Ausnahme ist Estland. Da die Daten aus dem European Labour Force Survey stammen könnte es sein, dass bei kleineren Staaten Verzerrungen auftreten, weil die gewählten Stichproben nicht groß sind.

Der SVR begründet die schwache Produktivitätsentwicklung im Falle Deutschlands mit der „erfolgreiche(n) Integration weniger produktiver Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt seit dem Jahr 2005“.⁹ Tatsächlich ist aber nach den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) der Anteil des Arbeitsvolumens, der auf Jobs entfällt, die keine Berufsausbildung voraussetzen, bis 2010 gesunken; danach hat er lediglich stagniert und liegt seitdem bei 20 Prozent. Andererseits haben akademische Tätigkeiten stetig an Bedeutung gewonnen: Im Jahr 2017 entfiel 28 Prozent der geleisteten Wochenarbeitszeit auf entsprechende Jobs, Mitte der 80er Jahre waren es in der „alten“ Bundesrepublik noch etwa zehn Prozent (Abbildung 2).

Wenn das Bildungsniveau von Bevölkerung und Erwerbstätigen erheblich zunimmt, sollte sich das in der gesamtwirtschaftlichen Produktivität eigentlich positiv niederschlagen. Da aber kein Zusammenhang zwischen der Veränderung des Qualifikationsniveaus und der Produktivitätsentwicklung sichtbar ist,¹⁰ müssen andere Faktoren im Spiel sein.

Sektoraler Wandel bremst die Produktivitätsentwicklung – aber nur wenig

Weil die Arbeitsproduktivität stark zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen variiert, könnte der sektorale Wandel die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung beeinflussen. Wenn sich im Laufe der Zeit die Wirtschaftsstruktur hin zu den weniger produktiven Sektoren verschiebt, hemmt dies für sich genommen die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität.

Tatsächlich hatten einige Wirtschaftszweige mit geringer Produktivität einen vergleichsweise starken Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen – und haben somit an Bedeutung gewonnen. Hier sind etwa das Gesundheits- und Sozialwesen¹¹ oder der Bereich der „Sonstigen Unternehmensdienstleister“, zu denen vor allem die Leiharbeit zählt, zu nennen (Tabelle 4). Zugleich haben einige Sektoren mit relativ hoher Produktivität an Bedeutung verloren. Dazu zählen Teile des verarbeitenden Gewerbes, die Energiewirtschaft und die Finanzdienstleistungen.

Allerdings gab es auch Strukturverschiebungen in anderer Richtung, also solche, die die Entwicklung der Produktivität angeschoben haben. So haben in den letzten etwa zwei Jahrzehnten einerseits hochproduktive Sektoren wie die IT-Dienstleister, die freiberuflichen und technischen Dienstleister sowie der Bereich Forschung und Entwicklung stark an Bedeutung gewonnen, dasselbe gilt für die Medienwirtschaft. Andererseits haben unterdurchschnittlich produktive Bereiche wie die Landwirtschaft oder die privaten Haushalte

⁹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015) a. a. O., 283.

¹⁰ Werden die Veränderung der Akademikerquote und die Veränderung der Stundenproduktivität für die Jahre EU und 2018 für die Staaten der EU (ohne Kroatien) gegenübergestellt, ergibt sich ein R² von 0,0029.

¹¹ Vgl. Karl Brenke, Thore Schlaak und Leopold Ringwald (2018): Sozialwesen: ein rasant wachsender Wirtschaftszweig. DIW Wochenbericht, Nr. 16, 305–315 (online verfügbar).

Tabelle 3

Anteil der Personen von 25 bis 64 Jahren ohne Berufsausbildung an den Erwerbstätigen
In Prozent

	2000	2009	2018
Belgien	31,4	20,2	13,9
Bulgarien	21,4	14,3	10,9
Dänemark	16,0	21,0	14,3
Deutschland	13,8	10,6	10,0
Estland	8,9	7,3	8,7
Finnland	21,6	13,6	7,7
Frankreich	30,3	23,5	14,9
Griechenland	43,0	33,7	21,3
Irland	34,1	20,9	11,7
Italien	44,8	36,5	30,5
Lettland	10,5	9,2	6,9
Litauen	8,4	4,7	3,1
Luxemburg	32,7	19,0	17,3
Malta	72,9	56,4	37,7
Niederlande	26,8	22,8	16,3
Österreich	17,7	13,4	10,5
Polen	13,5	7,4	4,4
Portugal	77,7	66,1	45,1
Rumänien	28,8	20,6	16,5
Schweden	19,2	15,6	10,8
Slowakei	7,6	3,9	4,2
Slowenien	18,9	12,1	7,9
Spanien	53,0	39,7	32,9
Tschechien	9,0	5,1	3,9
Ungarn	17,7	11,4	11,2
Vereinigtes Königreich	30,2	19,6	16,1
Zypern	32,8	23,2	14,4
EU ¹	28,5	21,6	16,6
Norwegen	11,5	15,7	12,9
Schweiz	14,7	10,7	9,6

¹ Ohne Kroatien

Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

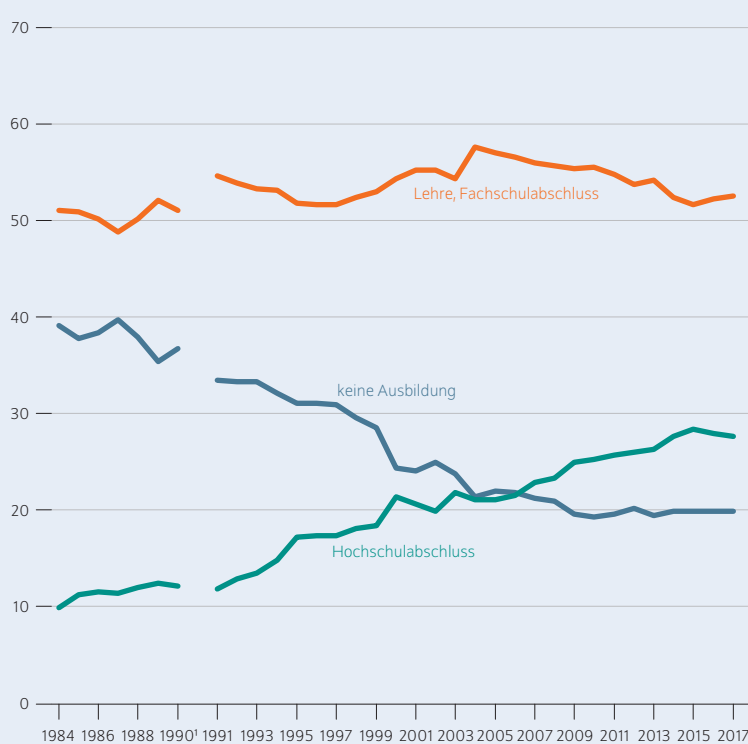
mit Blick auf die Beschäftigung weiter an Bedeutung verloren. Für den Handel trifft das ebenfalls zu.

Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen sektoralem Wandel und Produktivitätsentwicklung ergibt sich somit kein eindeutiges Bild. Für die Untersuchung bietet sich deshalb eine Shift-Share-Analyse an. Bei dieser wird unterstellt, dass es gar keinen sektoralen Wandel gegeben hat. Somit gilt die Annahme, dass sich die Struktur der Erwerbstätigen und der geleisteten Arbeitszeit im Laufe der Zeit nicht verändert haben (Kasten 1).

Die Simulation zeigt für die „alte“ Bundesrepublik, dass in diesem Fall die Wertschöpfung und somit die Produktivität in der Zeit von 1970 bis 1991 in geringerem Maße zugenommen hätte, als es tatsächlich der Fall war (Abbildung 3). Daraus lässt sich schließen, dass der sektorale Wandel damals die Produktivität angetrieben hat. Dabei spielt unter anderem eine Rolle, dass die Landwirtschaft in den Jahrzehnten vor der deutschen Vereinigung stark an Bedeutung verloren hat.

Abbildung 2

Jobs mit verschiedenen Qualifikationsvoraussetzungen und ihr Anteil an der gesamten Arbeitszeit der Erwerbstätigen
In Prozent



¹ Bis 1990 alte Bundesländer, ab 1991 vereinigtes Deutschland

Quellen: SOEP v34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Der Anteil der Tätigkeiten, die einen Hochschulabschluss voraussetzen, ist seit 1984 um fast 20 Prozentpunkte gestiegen.

Die beschriebene Entwicklung setzte sich eine Zeit lang auch noch nach dem Mauerfall fort – und zwar hinsichtlich der Pro-Kopf-Produktivität bis 1998 und bei der Stundenproduktivität bis 2002. Danach kehrte sich die Entwicklung um: Die sektoralen Verschiebungen der Wirtschaft gehen mit einem abgeschwächten Produktivitätswachstum einher. Der sektorale Wandel hat mithin im vergangenen und in diesem Jahrzehnt die Produktivitätsentwicklung gebremst. Besonders deutlich zeigt sich das bei einer stark disaggregierten sektoralen Gliederung.

Groß war der bremsende Effekt infolge des sektoralen Wandels aber nicht. Wie das vorgestellte Modell ergab, hätte sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität auch ohne jegliche strukturelle Veränderung verlangsamt (Abbildung 4).¹² Der sektorale Wandel hat den Anstieg der realen Bruttowertschöpfung je geleisteter Arbeitsstunde im vergangenen Jahrzehnt lediglich um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr

¹² Ähnliche Befunde gibt es für Frankreich vom dortigen Produktivitätsrat. Vgl. Agnès Bénassy-Quéré et al. (2019): Productivity and competitiveness in the euro area: A view from France. VOX CEPR Policy Portal (online verfügbar).

PRODUKTIVITÄTSENTWICKLUNG

Tabelle 4

Sektorale Struktur der Bruttowertschöpfung und die Entwicklung der Stundenproduktivität in den Wirtschaftszweigen In Prozent

	Anteil am gesamten Arbeitsvolumen				Stundenproduktivität in Euro im Jahr 2000	Jahresdurchschnittliche Veränderung der realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde			
	2000	2010	2016	2018		1991 bis 2000	2000 bis 2010	2010 bis 2016	2010 bis 2018
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,6	2,0	1,7	1,6	13,56	0,6	2,3	0,3	0,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,3	0,2	0,1		27,46	2,7	2,3	1,7	
Verarbeitendes Gewerbe	20,1	18,0	18,4	18,4	37,63	3,2	2,5	2,0	1,6
H. v. Nahrungsmitteln u. Getränken, Tabakverarb.	2,3	2,3	2,2		26,94	-0,1	-1,1	6,0	
H. v. Textilien, Bekleidung, Lederwaren u. Schuhen	0,7	0,4	0,4		23,77	4,6	2,9	-0,1	
H. v. Holzwaren, Papier u. Druckerzeugnissen	1,5	1,2	1,1		32,56	3,1	2,2	1,6	
Kokerei und Mineralölverarbeitung	0,1	0,0	0,0		156,61	-11,7	-2,7	3,5	
H. v. chemischen Erzeugnissen	1,0	0,8	0,9		59,31	6,3	3,1	-0,7	
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	0,3	0,3	0,3		74,44	6,4	4,7	-0,4	
H. v. Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	1,9	1,7	1,7		32,92	3,2	2,3	1,1	
Metallerzg. u. -bearb., H. v. Metallerzeugnissen	3,0	2,8	2,8		32,11	3,3	0,6	1,6	
H. v. DV-Geräten, elektron. u. optischen Erzeugnissen	0,9	0,8	0,9		59,86	8,4	9,7	4,6	
H. v. elektrischen Ausrüstungen	1,4	1,2	1,2		43,95	3,2	1,1	-0,5	
Maschinenbau	2,7	2,6	2,8		38,71	2,8	0,3	-0,7	
Fahrzeugbau	2,6	2,2	2,4		43,22	0,2	5,1	3,7	
H. v. Möbeln u. sonst. Waren; Rep. u. Inst. v. Maschinen	1,7	1,6	1,6		27,41	3,2	1,6	-0,1	
Energieversorgung	0,7	0,7	0,6		73,57	6,8	2,8	-1,3	
Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	0,7	0,7	0,7		47,65	-4,3	0,6	3,9	
Baugewerbe	8,2	6,8	6,6	6,6	20,58	-0,2	0,0	0,7	0,9
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz	14,9	14,0	13,3	13,1	22,55	1,2	2,3	2,4	2,3
Verkehr und Lagerei	5,0	5,0	5,2	5,3	27,70	4,1	2,8	-0,7	-0,5
Gastgewerbe	3,9	4,0	3,9	3,8	13,57	-1,9	-1,8	1,6	1,9
Information und Kommunikation	2,7	3,0	3,1	3,2	55,36	6,2	3,0	3,5	2,6
Verlagswesen, audiovisuelle Medien u. Rundfunk	0,8	0,8	0,7		56,28	3,6	0,3	1,0	
Telekommunikation	0,6	0,4	0,3		88,75	14,1	8,8	5,2	
IT- und Informationsdienstleister	1,3	1,9	2,1		39,38	2,5	3,1	5,5	
Finanz- und Versicherungsdienstleister	3,5	3,2	3,0	2,8	41,35	1,0	-1,8	1,3	1,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,0	1,0	0,9	0,9	350,93	0,8	2,5	1,3	0,8
Unternehmensdienstleister	9,2	12,4	13,2	13,3	38,21	-1,0	-2,0	-0,3	-0,2
Freiberufliche u. techn. Dienstleister	3,6	4,8	5,1		43,47	-0,7	-2,4	-2,1	
Forschung und Entwicklung	0,4	0,4	0,5		60,80	0,7	0,1	-0,3	
Sonstige freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleister	0,8	1,0	1,0		50,86	-5,0	-4,6	2,4	
Sonstige Unternehmensdienstleister	4,5	6,1	6,5		29,82	-0,6	-1,1	0,6	
Öff. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	7,3	6,7	6,1		29,46	2,6	1,5	1,6	
Erziehung und Unterricht	4,5	5,2	5,3		31,39	0,1	-1,5	-0,6	
Gesundheits- und Sozialwesen	9,8	11,4	12,5		20,89	1,9	1,2	-0,1	
Gesundheitswesen	6,0	6,7	7,3		25,66	1,4	1,4	0,0	
Heime und Sozialwesen	3,8	4,7	5,3		13,47	3,2	0,8	0,2	
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1,3	1,5	1,5		32,61	-1,2	-1,2	1,6	
Sonstige Dienstleister a.n.g.	3,3	3,4	3,1		26,26	0,9	-0,1	-0,2	
Häusliche Dienste	0,8	0,8	0,7		12,12	0,9	0,5	0,3	
Alle Wirtschaftsbereiche	100	100	100		32,94	2,1	1,2	1,0	0,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Kasten 1

Shift-Share-Analyse: Vorgehen und Datengrundlage

Bei der Shift-Share-Analyse wurde unterstellt, dass die Verteilung der Arbeit unter den Wirtschaftszweigen – gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen sowie an der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden – über die Zeit unverändert geblieben ist, nicht aber die Pro-Kopf- und die Stundenproduktivität innerhalb der einzelnen Sektoren. In der Simulation entwickeln diese sich wie von der amtlichen Statistik abgebildet. Dasselbe gilt für die Summe der Erwerbstätigen und für das Arbeitsvolumen in der Gesamtwirtschaft. Im Vergleich mit der tatsächlichen Entwicklung lässt sich dann der Effekt des sektoralen Wandels bestimmen.

Verwendet wurden die Daten der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Erwerbstätigenrechnung. Dabei ist allerdings die Datenlage mit Blick auf die sektorale Differenzierung unterschiedlich. Generell gibt es sektorale Informationen sowohl über die Zahl der Erwerbstätigen als auch über das Arbeitsvolumen, also über die Zahl der von den Erwerbstätigen geleisteten Stunden. Für die Jahre von 1970 bis 1991 kann beim Arbeitsvolumen – und somit bei der Betrachtung der Stundenproduktivität – lediglich nach sechs Wirtschaftsbereichen gegliedert werden, hinsichtlich der Anzahl der Erwerbstätigen und somit der Pro-Kopf-Produktivität ist indes eine Disaggregation nach 52 Zweigen möglich.

Sehr tief gegliederte Daten gibt es immer nur mit einem Zeitverzug. Aktuell liegen sie für die Zeit nach 1991 bis zum Jahr 2016 vor.

So sind Auskünfte über die Pro-Kopf-Produktivität für 63 und für die Stundenproduktivität für 37 Wirtschaftszweige verfügbar. Für die Jahre 2017 und 2018 ist die Gliederung gröber: Es gibt Informationen für 13 Zweige – sowohl für die Zahl der Erwerbstätigen als auch für deren Arbeitsvolumen.

Es wurden zwei Basisjahre gewählt. Um die Zeit vor der deutschen Einheit zu betrachten, wurde das Jahr 1970 verwendet. Für die Zeit danach ist die sektorale Verteilung des Anteils der Erwerbstätigen bzw. des Arbeitsvolumens ab dem Jahr 1991 konstant gehalten worden.

Im ersten Schritt der Analyse wurde die Bruttowertschöpfung und somit die Produktivität zu jeweiligen Preisen bei konstanter Verteilung von Erwerbstätigen bzw. Arbeitsvolumen simuliert. Anschließend ist eine Bereinigung um Preisänderungen vorgenommen worden. Dabei musste auch berücksichtigt werden, dass die Ergebnisse für die einzelnen Sektoren nicht ohne Weiteres zu einem Gesamtergebnis addiert werden können.¹ Dankenswerterweise hat das Statistische Bundesamt absolute Werte für das verkettete Volumen der Bruttowertschöpfung zur Verfügung gestellt.

¹ Wolfgang Nierhaus (2008): Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt: Zur Veröffentlichungspraxis im Gemeinschaftsgutachten. IFO-Schnelldienst, Nr. 9, 15–18.

gebremst, in den ersten acht Jahren dieses Jahrzehnts waren es jahresdurchschnittlich 0,1 Prozentpunkte. Denn es zeigt sich auch, dass innerhalb der überwiegenden Mehrheit der Wirtschaftszweige – bei zwei Dritteln – das Produktivitätswachstum geringer geworden ist. In manchen Zweigen gibt es sogar einen Rückgang der Produktivität.

Bürokratie als Hemmschuh?

Es müssen daher auch andere Einflüsse im Spiel sein, die die Produktivitätsentwicklung dämpfen. In Frage kommt eine Vielzahl von Faktoren. Eine Erklärung für das schwache Produktivitätswachstum könnte der geringe Lohnanstieg in der Vergangenheit sein. Die Löhne wären als „Produktivitätspeitsche“ ausgefallen: Ist der Faktor Arbeit billig zu haben, fehlen Anreize zur Rationalisierung und zur Modernisierung des Kapitalstocks.¹³ Das könnte auch erklären, warum in jüngerer Vergangenheit die Investitionstätigkeit in Deutschland nur schwach war.¹⁴ Ähnlich verhält es sich mit der Geldpolitik. Werden die Leitzinsen von den

Zentralbanken längere Zeit sehr niedrig gehalten, wird der Wettbewerbsdruck unter den Unternehmen vermindert. Es könnten dann wenig leistungsfähige Unternehmen weiter bestehen, die eigentlich aus dem Markt ausscheiden müssten. Lohnpolitik und Geldpolitik können also träge machen und sich negativ auf die Produktivitätsentwicklung auswirken. Dasselbe gilt für Subventionen: Werden die Unternehmen von der Politik an Subventionen gewöhnt, ist die Ausbreitung einer Subventionsmentalität möglich, die sich hemmend auf die Innovationsfreudigkeit der Unternehmen auswirkt.

Ein weiterer Einflussfaktor könnte eine zunehmende Bürokratisierung sein (Kasten 2). So wurde von Forschenden unterschiedlicher Disziplinen und theoretischer Positionen auf eine wachsende staatliche Regulierung hingewiesen. Regulierungen sind einerseits nötig, um überhaupt einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Andererseits kann ein Übermaß an Regulierung die Verschwendung von Ressourcen nach sich ziehen. Ein Beispiel ist die öffentliche Auftragsvergabe. Im Land Berlin weigern sich inzwischen immer mehr Unternehmen, sich um öffentliche Aufträge zu bewerben, da eine Vielzahl von Vorgaben zu erfüllen sind.¹⁵

¹³ Feststellen lässt sich allerdings, dass sich auch in Frankreich die Produktivitätssteigerungen stark abgeschwächt haben – und es hier in der Vergangenheit keineswegs so geringe Lohnabschlüsse wie in Deutschland gegeben hat. Vgl. Karl Brenke (2012): Industrielle Entwicklung. Deutschland und Frankreich driften auseinander. DIW Wochenbericht Nr. 48, 3–14 (online verfügbar).

¹⁴ Vgl. Marcel Fratzscher (2014): Die Deutschland-Illusion: Warum wir unsere Wirtschaft überschätzen und Europa brauchen. München.

¹⁵ Vgl. Dominik Bath (2019): Wirtschaft fordert Änderungen am Vergabegesetz. Berliner Morgenpost vom 5. Juni 2019 (online verfügbar).

Kasten 2

Einige Anmerkungen zur Debatte um die Bürokratisierung

Vor etwa 100 Jahren war der Begriff Bürokratie nicht nur negativ, sondern auch positiv belegt. In Max Webers ab 1921 erschienenem Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“ wurde in ihr die „rationalste, Form der Herrschaftsausübung“ gesehen.¹ Das gilt sowohl mit Blick auf die Behörden, also die staatliche Verwaltung, als auch für die private Wirtschaft, speziell für den kapitalistischen Betrieb.² Mit ihrer „formalisierten Unpersönlichkeit“, den Amtspflichten, den klaren Regeln, vor allem aber wegen des Fachwissens der in ihr Beschäftigten sei fast jedermann der Bürokratie hoffnungslos unterlegen. Allein die kapitalistischen Unternehmer könnten wegen ihrer Kenntnisse auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet noch mithalten.³ Wegen der „Überlegenheit der berufsmäßig Wissenden“⁴ ist die jeweilige Bürokratie ein faktisch unzerstörbares soziales Gebilde.⁵ Dem Trend nach wachse der Bürokratie eine „steigende Unentbehrlichkeit“ zu; mithin gäbe es „einen unaufhaltsamen Vormarsch der Bürokratisierung“.⁶

Im Jahr 1917 erschien Lenins Buch „Staat und Revolution“, in dem er sich grundlegend über die Gestaltung des Kommunismus ausließ. Begeistert war Lenin von der preußischen Post, so dass – im ersten Schritt – „die gesamte Volkswirtschaft“ nach dem Vorbild der Post zu organisieren“ sei.⁷ Tatsächlich zeichnete sich dann auch der Sozialismus nach sowjetischem Muster bis zu seinem Untergang durch einen stark ausgeprägten Bürokratismus aus.

Die positive Einschätzung der Bürokratie zur damaligen Zeit rührte von der Bewunderung über die Effektivität der staatlichen Verwaltung, insbesondere bei der Entwicklung moderner Kommunikationsmittel wie der Post, her. Auch in den Unternehmen, insbesondere in den entstehenden Großbetrieben in Europa und den USA, gab es ein wachsendes Interesse an effektiven Betriebsabläufen. Es kam zu einer zunehmenden wissenschaftlichen Fundierung der Geschäftsführung.

Anders als in der Soziologie oder in der Politik waren jedoch im Alltagsverständnis Begriffe wie Bürokratie, insbesondere aber Bürokrat, immer negativ belegt. Etwas mehr als 20 Jahre später, kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges, wurde mit Bürokratie überhaupt nichts Positives mehr assoziiert. So stellte der liberale Ökonom Ludwig von Mises fest, dass überall auf der Welt diese Begriffe nur noch mit ehrenrührigem Unterton verwendet würden. Die Bürokratie werde vor allem deshalb in der öffentlichen Meinung – insbesondere in den USA – als Übel angesehen, weil sie sich verselbständigt hätte, sich Macht anmaßen und willkürlich, das heißt ohne demokratische Kontrolle, agieren würde.⁸ In der öffentlichen Wahrnehmung waren die bürokratischen Apparate nur noch beim Staat angesiedelt. Auch von Mises war dieser Ansicht; in Privatunternehmen könne gar keine mit Übel behaftete Bürokratie entstehen, da die jeweils Verantwortlichen für Fehlentscheidungen oder Missmanagement zur Verantwortung gezogen würden – alle Anreize seien auf Effektivität ausgerichtet.⁹ Die staatliche Bürokratie könne sich aber auf Privatunternehmen negativ auswirken – etwa durch Regulierungen zur Gewinnhöhe oder durch Einfluss auf Stellenbesetzungen.¹⁰ Probleme dieser Art hatte auch Weber gesehen.¹¹

Weber muss sich fragen lassen, warum er den Bürokratien einerseits eine enorme Macht zuschreibt, aber andererseits unterstellt, dass die ihr angehörenden Personen diese Macht nicht im eigenen Interesse nutzen – sondern immer nur pflichtbewusst und altruistisch agieren würden. Überdies wäre Weber bestimmt erstaunt darüber, in welchem Maße die angeblich allmächtigen staatlichen Bürokraten inzwischen auf private Berater zurückgreifen. Von Mises sieht dagegen, dass Bürokratien durchaus ein Eigenleben entwickeln können, das ihrem eigentlichen Zwecke auch zuwiderlaufen kann. Weil aber in seiner Denkrichtung (der Österreichischen Schule der Nationalökonomie) Privatunternehmen der Hort höchster Effizienz sind, sieht er bürokratische Probleme allein beim Staat. Tatsächlich können aber auch die Angestellten in Privatbetrieben durchaus eigene Interessen entwickeln und verfol-

1 Max Weber (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen, 128.

2 Weber (1972), a. a. O., 550.

3 Weber (1972), a. a. O., 129.

4 Weber (1972), a. a. O., 572.

5 Weber (1972), a. a. O., 569.

6 Weber (1972), a. a. O., 836.

7 Wladimir I. Lenin (1970): Staat und Revolution. In: W.I. Lenin: Ausgewählte Werke. Band II, Berlin, 358f.

8 Ludwig von Mises (2013): Die Bürokratie. Sankt Augustin, 19ff.

9 von Mises (2013) a. a. O., S. 48ff.

10 von Mises (2013) a. a. O., 76ff.

11 Es ist von einer „staatssozialistische(n), die privaten Gewinnchancen einschnürende Wirkung der Bürokratisierung“ die Rede. Vgl. Weber (1972) a. a. O., 571.

Denn es geht dem Staat hier nicht nur um die Leistungserbringung, sondern auch um tarifpolitische, soziale, bildungspolitische und ökologische Ziele sowie um die Gleichstellung der Geschlechter.

Es gibt aber auch die in den Organisationen (Unternehmen, Behörden et cetera) selbst entstehende Bürokratie. Sie kann unterschiedliche Gründe haben. Zusätzliche Funktionen

können Unternehmen dabei helfen, neue Kunden zu finden und Märkte zu erschließen. Das schiebt die Produktivität an. Es kann aber auch dazu kommen, dass in auf Gewinnerzielung ausgerichteten Unternehmen in erheblichem und zunehmenden Maße Ressourcen für Zwecke aufgewendet werden, die nichts oder wenig mit dem Geschäftszweck zu tun haben. Dann werden die Kosten erhöht, ohne dass die Erträge im selben Maße oder überhaupt zunehmen.

gen.¹² Gerade in großen Unternehmen werden die Entscheidungen oft von Beschäftigten getroffen werden, die formal zwar abhängig, faktisch aber den Eigentümern nicht unterworfen sind.

David Graeber, ein Anthropologe, hat auf sogenannte „Bullshit-Jobs“ hingewiesen. Dabei handelt es sich um Beschäftigungsverhältnisse, die nur aus Tätigkeiten bestehen, die völlig nutzlos sind. Das können Beschäftigungsverhältnisse sein, die Vorgesetzten mehr Ansehen verschaffen – für das Unternehmen aber völlig überflüssig sind.¹³ Die Jobs gibt es insbesondere unter Angehörigen der sogenannten Mittelklasse, nicht zuletzt bei Bürotätigkeiten.¹⁴

¹² Robert K. Merton (1968): Social Theory and Social Structure. New York (erweiterte Auflage), 249ff.

¹³ Vgl. David Graeber (2018): Bullshit-Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit. Stuttgart.

¹⁴ Graeber (2018), a.a.O., 65ff.

Unnütze Tätigkeiten können aber nicht nur den ganzen Job ausfüllen, sondern neben durchaus sinnvollen Tätigkeiten anfallen. Regelmäßige Umfragen unter abhängig Beschäftigten mit wissensintensiven Tätigkeiten (IT- und qualifizierte Verwaltungskräfte) etwa in den USA zeigen, dass ein durchaus großer Teil der gesamten Arbeitszeit auf Tätigkeiten entfällt, die wenig mit den eigentlichen Aufgaben der Arbeitskräfte zu tun haben. In jüngerer Zeit wurde ein Sechstel der Zeit für E-Mails verwendet, fast 20 Prozent für Meetings, wobei die Hälfte davon als nutzlos eingestuft wurde. Elf Prozent der Zeit entfielen auf administrative Aufgaben, neun Prozent auf unerwünschte Unterbrechungen und vier Prozent auf andere Ablenkungen; insgesamt wurden nur 44 Prozent der Zeit für die eigentlichen Aufgaben verwendet.¹⁵

¹⁵ Vgl. Workfront (Hrsg.) (o.J.): The State of the Enterprise Work 2017–18. o.O.

Bürokratisierung lässt sich empirisch schwer fassen. Für Deutschland sind keine Informationen darüber verfügbar, wie viel Zeit die Erwerbstätigen für unterschiedliche Aufgaben aufwenden, sondern lediglich Daten über komplette Beschäftigungsverhältnisse, also ganze Jobs. Auf dieser Ebene kann ermittelt werden, ob sich die Beschäftigungsstruktur „bürokratisiert“ – also hin zu Jobs verschoben hat, die zum Kernbereich von Bürokratien zu zählen sind. Dazu gehören insbesondere alle Verwaltungstätigkeiten sowie Führungsfunktionen, wenn sie im Verwaltungsbereich angesiedelt sind.

Im Rahmen des Mikrozensus wird mit längeren Abständen zwischen den Erhebungswellen die „überwiegend ausgeübte Tätigkeit“ nach einer groben Klassifizierung erhoben. Die neuesten Angaben liegen für das Jahr 2015 vor.¹⁶ Zum Vergleich wurden die Jahre 2004 und 1996 herangezogen.

Dabei zeigt sich eine deutliche Verschiebung bei den Jobs. Zum Teil spiegelt sich darin auch der sektorale Wandel wider (Tabelle 5). Insbesondere zeigt sich aber, dass solche Jobs, die als bürokratische Tätigkeiten anzusehen sind, an Bedeutung gewonnen haben: Management- und Führungstätigkeiten sowie Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung von Gesetzen und Vorschriften. Mit dem sektoralen Wandel ist das nicht zu erklären, denn die Entwicklung war auch innerhalb einzelner Wirtschaftszweige wie dem verarbeitenden Gewerbe zu beobachten.

¹⁶ Weil die Daten nicht im DIW Berlin verfügbar waren, wurden sie im Rahmen einer Sonderauswertung vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt. An dieser Stelle sei Frau Mann aus dem Bereich Arbeitsmarkt des Amtes für ihre freundliche Unterstützung gedankt.

Tabelle 5

Struktur der Erwerbstätigen nach dem Schwerpunkt ihrer beruflichen Tätigkeit
In Prozent

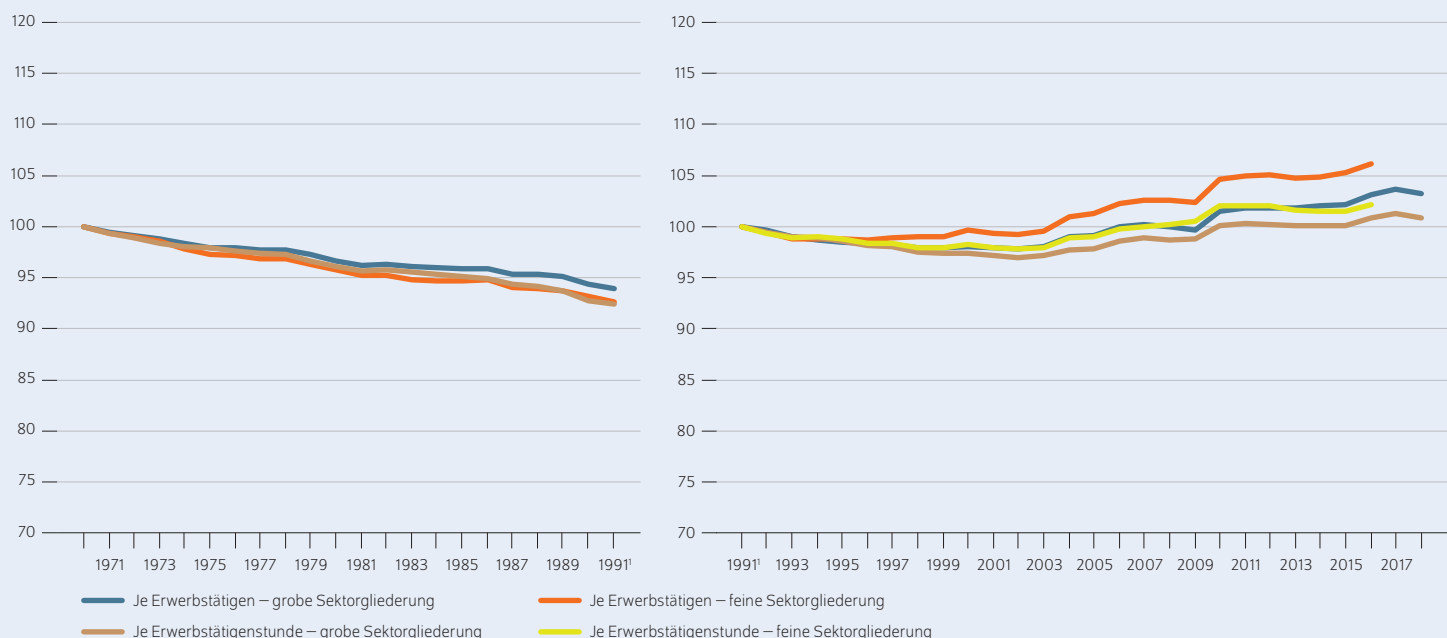
	Gesamte Wirtschaft			Verarbeitendes Gewerbe		
	1996	2004	2015	1996	2004	2015
Maschinen, Anlagen, Geräte einrichten	8,1	7,9	7,1	22,6	23,8	23,1
Anbauen, Züchten, Hegen	2,6	2,0	1,7	0,3	0,2	0,2
Abbauen, Fördern, Rohstoffe gewinnen	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1
Fertigen, Be- und Verarbeiten, Bauen/Ausbauen, Installieren	13,3	10,1	9,3	25,6	22,6	20,2
Einkaufen/Verkaufen, Vermitteln	10,6	10,6	10,1	6,4	6,7	8,0
Reparieren, Renovieren, Instandsetzen	4,4	3,9	3,6	4,2	3,5	3,3
Ausführen von Schreib-, Rechen- und DV-Arbeiten	14,5	14,4	12,2	12,4	12,3	10,6
Messen, Prüfen, Erproben, Kontrollieren nach vorgegebenen Verfahren	2,5	2,5	2,9	4,5	4,8	5,8
Forschen und Entwickeln, Konstruieren und Gestalten von Produkten	3,7	4,2	5,2	6,2	7,1	9,4
Werben, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit	1,3	1,6	1,6	1,5	1,6	1,3
Management, Leitung- und Führungstätigkeiten	3,8	3,9	5,6	4,5	4,9	7,0
Bewirten, Beherbergen, Speisen bereiten	3,7	3,9	4,1	1,3	1,3	1,4
Gesetze, Vorschriften, Verordnungen anwenden	2,5	2,6	3,0	0,1	0,2	0,4
Erziehen, Ausbilden, Lehren	5,2	5,6	6,1	0,4	0,2	0,3
Beraten, Informieren	2,7	3,9	3,9	0,8	1,2	1,2
Gesundheitlich/sozial helfen, Pflegen	7,9	9,1	10,6	0,5	0,5	0,6
Künstlerisch, Journalistisch, Unterhaltend tätig sein	0,8	1,0	1,1	0,5	0,7	0,4
Fahrzeuge führen, Packen, Beladen	6,3	6,4	6,1	6,5	6,7	5,6
Reinigen, Abfall beseitigen, Recycling	3,3	4,0	3,9	1,1	1,2	1,0
Sichern, Schützen, Bewachen	2,5	2,3	1,7	0,3	0,3	0,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quellen: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Abbildung 3

Entwicklung der Produktivität bei unterstellter unveränderter Sektorstruktur

Abweichung von der tatsächlichen Entwicklung, Index = 100 bezogen auf das Basisjahr 1970 sowie 1991



1 Bis 1991 alte Bundesländer, ab 1992 vereinigt Deutschland

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

In der Zeit von 1970 bis 1991 trieb der sektorale Wandel das Produktivitätswachstum an. Ab der Jahrtausendwende bremste der Wandel hin zu den Dienstleistungen die Produktivitätentwicklung.

Tabelle 6

Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen in ausgewählten Berufsgruppen

Anteil am Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen (gemessen an der Wochenarbeitszeit) in Prozent

	Gesamte Wirtschaft			Verarbeitendes Gewerbe		
	1996	2006	2016	1996	2006	2016
Verwaltungsberufe mittlerer Qualifikation sowie einfache Büroberufe	20,3	20,0	20,5	14,1	13,1	15,1
Hochqualifizierte Verwaltungsberufe	0,8	1,4	3,5	0,6	1,2	3,1
Führungstätigkeiten	4,1	4,1	5,7	4,3	4,5	5,9
IT-Tätigkeiten	1,2	2,3	2,4	1,5	1,8	2,1

Quellen: Mikrozensus; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Eine Kategorie von Jobs, die ebenfalls zu den bürokratischen Berufen zu zählen sind, hat allerdings an Relevanz eingebüßt: das Ausführen von Schreib-, Rechen- und Datenverarbeitungsarbeiten. Weil es sich hierbei um eine bunte, schwer interpretierbare Mischung von Tätigkeiten handelt, wurde der Blick auf die Berufe gerichtet. Für die entsprechende Auswertung waren die Daten des Mikrozensus der Jahre 1996,

2006 und 2016 verfügbar.¹⁷ Danach haben IT-Jobs eindeutig an Bedeutung gewonnen (Tabelle 6). Bürotätigkeiten, die eine mittlere Qualifikation voraussetzen, haben anteilmäßig in etwa stagniert; einfache Bürojobs (wie die Ausübung von Schreibtätigkeiten) sind dagegen vergleichsweise weniger geworden. Auch unter der Perspektive der Berufe zeigt sich eine überproportionale Zunahme bei den Führungskräften. Die Zahl der Personen mit ausgeübten Berufen, die zu den hochqualifizierten Bürokratiertätigkeiten gezählt werden können, ist ebenfalls gestiegen.

Fazit: Einfluss der Bürokratisierung bedarf weiterer Untersuchung

Die immer kleiner werdenden Produktivitätssteigerungen lassen sich nicht mit Veränderungen der Qualifikation des Arbeitskräftepotentials erklären. Vielmehr hat der Anteil des Arbeitsvolumens, der auf Akademikerinnen und Akademiker entfällt, stetig zugenommen – und die Bedeutung einfacher Arbeit ist bis 2010 gesunken, seitdem stagniert sie. Anders verhält es sich mit dem sektoralen Wandel. Der

¹⁷ Die Berufe wurden für die Analyse zu Gruppen zusammengefasst. Für die Jahre 1996 und 2006 stand die Klassifizierung der Berufe von 1992 zur Verfügung; für 2016 die Gliederung nach ISCO 08 (International Standard Classification of Occupation). Da verschiedene Klassifikationen verwendet werden mussten, waren nur grobe Zusammenfassungen der Berufe möglich.

Trend hin zu den Dienstleistungen hat sich dämpfend auf das Produktivitätswachstum ausgewirkt – allerdings war der bremsende Effekt klein. Es müssen daher andere hemmende Faktoren wirksam sein. Es können die Lohnpolitik in der Vergangenheit oder die Geldpolitik sein. Möglicherweise machen sich auch Kondratjews „lange Wellen“ bemerkbar.¹⁸ Wäre das der Fall, würde sich seit geraumer Zeit der technische Fortschritt in einer Abkühlungsphase befinden und man müsste auf neue, revolutionäre Erfindungen warten, die die Produktivität wieder anschieben.

Hier wurde eine andere Erklärung ins Spiel gebracht: eine zunehmende Bürokratisierung. Tatsächlich lässt sich zeigen, dass bürokratische Jobs an Bedeutung gewonnen haben. Das ist aber noch kein Nachweis dafür, dass diese Entwicklung das Produktivitätswachstum gebremst hat. Denn es fehlen Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Bürokratisierung und Produktivität insbesondere innerhalb von Organisationen wie Unternehmen. Die Datenbasis, die in Deutschland für entsprechende Untersuchungen zur Verfügung steht, ist jedoch dürftig. Wichtig wären beispielsweise Informationen über die nach verschiedenen Aufgabebereichen aufgedielerte Verwendung der Arbeitszeit – und wie sich diese im Zeitverlauf verändert hat.

¹⁸ Kondratjew beschrieb den wirtschaftlichen Fortschritt als einen Prozess, der in „langen Wellen“ erfolgt. Vgl. Nikolai D. Kondratjew (1926): Die langen Wellen der Konjunktur. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Band 56, 573–609.

Karl Brenke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik | kbrenke@diw.de

JEL: J24, O40, I25

Keywords: Productivity growth, academization, bureaucratization

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 33/2019:



Abbildung 4

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung je geleisteter Erwerbstätigenstunde

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent



¹ Grobe Gliederung der Wirtschaftszweige

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Der Einfluss des sektoralen Wandels auf die Produktivitätswachstum war zuletzt gering.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 14. August 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Nils May (1. Bericht); Dr. Simon Junker (2. Bericht)

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Daniel Kempfner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter